

Demonstration:
**Bundeswehr raus
aus Afghanistan**
15. September, Berlin



Foto: Jörg Rückmann

Eine friedliche Welt

Frieden ist das höchste Menschheitsgut bei allen Völkern. Diese Erkenntnis wurde mit unzähligen Opfern zahlloser Kriege erkaufte und mit der Niederlage des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten besiegelt. „Nie wieder Krieg!“ hieß die allgemein anerkannte Losung. Gleich in drei verschiedenen Gedenktagen sollte der Schrecken des Krieges gedacht und der Frieden gepriesen werden.

In Deutschland wird alljährlich am 1. September der „Antikriegstag“ begangen. Er erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939. Erstmals zum 1. September 1957 hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aufgerufen, „alles Erdenkliche zu unternehmen, damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird“. In der DDR wurde der 1. September als „Weltfriedenstag“ gefeiert.

Die UNO-Vollversammlung beschloss 1981, den 21. September offiziell als Weltfriedenstag zu benennen und zu feiern, „um die Idee des Friedens sowohl innerhalb der Länder und Völker als auch zwischen ihnen zu beobachten und zu stärken“. 2001 wurde dies von der Vollversammlung einstimmig bekräftigt.

Auch die katholische Kirche begehrt seit 1967 einen „Weltfriedenstag“, der normalerweise mit einer Weltfriedensbotschaft des Papstes am 1. Januar verbunden ist.

Das Ende der Blöcke hat den Frieden nicht sicherer gemacht, den Krieg nicht gebannt. Im Gegenteil. Mehr denn je gilt das (Waffen-) Recht des Stärkeren – im Irak, in Afghanistan ... Und Deutsche, die doch nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen wollten, sind mit dabei. DIE LINKE will das nicht; die Mehrheit der Bevölkerung auch nicht. Sie wird den Weltfriedenstag zum Anlass nehmen, massiv für den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan zu werben. *Martin Walter*

Nicht nur Kosmetik

Von Dr. Gesine Löttsch, Vorsitzende der LINKEN Berlin-Lichtenberg

Veränderung der Gesellschaft beginnt mit Opposition! Wir erleben die Richtigkeit dieses Satzes aktuell beim Mindestlohn. Im letzten Bundestagswahlkampf hatte die Linkspartei.PDS als einzige Partei einen Mindestlohn gefordert. Dafür wurden wir von allen anderen Parteien als Populisten beschimpft. Doch schon im Bremer Wahlkampf traten SPD und sogar die CDU (!) für einen Mindestlohn ein. Nun will die SPD mit diesem Thema in den Bundestagswahlkampf 2009 ziehen.

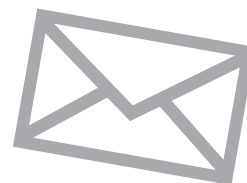
Eine gut überlegte Oppositionspolitik, welche die drängenden Probleme der Menschen aufgreift, gewinnt an Kraft und setzt die anderen Parteien so unter Druck, dass sie an unseren Themen nicht vorbeikommen. Doch wenn unsere Forderungen an den Problemen der Menschen vorbeigehen, dann werden wir öffentlich nicht wahrgenommen, dann verlieren wir das Vertrauen der Bürger. Die Kunst der Opposition besteht ja gerade darin, Vorschläge zu machen, die die Probleme der Menschen aufgreifen und so zwingend sind, dass die Regierung sie aufnehmen muss, wenn sie nicht abgewählt werden will. DIE LINKE in der Opposition wirkt also schon.

Das heißt aber nicht, dass wir LINKEN nicht regieren können, dies nicht sollen oder wollen. Wenige Politiker wollen die Gesellschaft noch wirklich verändern. Wir haben auf unserem Vereinigungsparteitag deutlich gemacht, dass es unserer Partei nicht um kleine kosmetische Operationen geht, sondern um eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft.

Das ist auch bitter nötig und dazu sind wir im Interesse der Menschen bereit.

In dieser Ausgabe

- Die Renten steigen wieder (Seite 2)
- DIE LINKE ist da! (Seite 3)
- Karge Haushaltszuweisungen (Seite 4)
- Neuer Vorstand (Seite 5)
- Rot-rote Bilanz (Seite 6)
- Halbzeit für die Große Koalition (Seite 7)



Die Renten steigen wieder

... und niemand will sich freuen! Dabei wurde doch regierungsoffiziell kräftig in Optimismus gemacht: „Die Rentenanhebung wird möglich durch die positiven Entwicklungen bei Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Löhnen im Jahr 2006“, tönte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer Mitteilung vom 25. April. Und: „Pro Jahr fließen ... 1,2 Milliarden Euro zusätzlich an die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner hierzulande. Sie profitieren damit vom fortgesetzten Aufschwung in Deutschland.“

Profitieren wir? War es angemessen, den kargen Aufschlag von 0,54 Prozent, der durch Inflation – sie soll 2007 bei 1,5 bis 2 Prozent liegen – und neue Belastungen bereits wieder in ein Minus verwandelt wird, so hochtönend zu bewerten? Die Medien übernahmen weit hin den erwartungsfrohen Tenor in ihrer Berichterstattung.

Die Ruhigstellung der Alten ist wieder einmal angesagt, aber das darf fast nichts kosten! 2008 soll es so weitergehen. Denkbar sei

eine Erhöhung um 0,5 Prozent, meldete das „Handelsblatt“ (27.4.) unter Bezug auf die Deutsche Rentenversicherung, die im April mit 9,7 Milliarden Euro Rücklagen zum Jahresende rechnete (0,61 Monatsausgaben). Noch im März 2006 hatte die Bundesregierung Rentenerhöhungen bis 2008 ausgeschlossen. Also sind die Rentenkassen nicht leer, wie das „Büro gegen Altersdiskriminierung“ zur gleichen Zeit verbreitete.

Ende Juni verlautete aus der Deutschen Rentenversicherung, dass auch für die folgenden Jahre „positive Rentenanpassungen in vergleichbaren Größenordnungen wie im laufenden Jahr möglich sein werden“. Vergleichbar in der Größenordnung meint hier: ähnlich kärglich.

Seit 2003 sanken die durchschnittlichen Zahlbeiträge bei den Altersrenten. Überdies ist die Kaufkraft bei den Bestandsrenten um 10 Prozent zurückgegangen. Der Abstand zwischen Rentenwert Ost und West bleibt trotz Rentenanpassung bei 12,1 Prozent und wächst sogar nominal auf 3,18 Euro, rechnet die Volkssolidarität vor.

Ist ein solcher „Trend“ zu brechen? Mit den angekündigten „positiven Schritten“ zweifellos nicht. Dazu müssten sich zumindest die

ohnehin mäßigen Lohnsteigerungen ungebremst positiv wieder auf die Renten auswirken können. Mancher hält das vielleicht für eine banale Forderung, hat noch im Ohr, was als Grundsatz galt: „Die Renten folgen den Löhnen.“ Zur Abwiegung von Ungeduld der Ostrentner bedient man sich bis in diese Tage der inzwischen durch „Dämpfungsfaktoren“ praktisch sinnentleerten Formulierung.

Mir imponiert, wie das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ argumentiert. Die Kollegen gehen von der unablässigen Steigerung des Bruttoinlandprodukts (BIP) aus und meinen, Löhne und Renten müssten zum selben Prozentsatz steigen wie das BIP. Es geht ihnen gar nicht um die so verschriene Umverteilung – nein, um simple und gleichmäßige Verteilung des Volkseinkommens, um Gerechtigkeit. Also um das Einfache, das so schwer zu machen ist ...

Das BIP stieg von 1998 bis 2006 preisbereinigt durchschnittlich pro Jahr um 1,5 Prozent. Der oberste Rentenreformer Prof. Rürup rechnet längerfristig mit 1,8 Prozent. Und für 2007 sagen Wirtschaftsinstitute eine Inflationsrate von 1,5 bis 2 Prozent voraus.

Kurt Pittelkau, aus: „pits aktuelle Kommentare“, <http://senioren.verdi.de> (gekürzt)

Geschichts-Werkstatt

Jugendliche der SJD – Die Falken aus Lichtenberg wollen zusammen mit Schülern aus dem Bezirk von August bis Dezember 2007 eine Jugend-Geschichts-Werkstatt in Form eines Stolpersteinprojektes durchführen. Stolpersteine sollen an die Lokalgeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus in Lichtenberg erinnern und diese sichtbar machen. In den Bürgersteig vor den Haustüren der Wohnorte Verfolgter des NS-Regimes werden Pflastersteine mit Messingtafeln eingelassen, auf denen die wichtigsten Lebensdaten der Verfolgten eingraviert sind.

Vier Stolpersteine sollen es werden. Die Jugendlichen recherchieren das Schicksal der NS-Verfolgten, dokumentieren es und wählen aus, wem sie die Steine widmen wollen. Auch ein Theaterstück soll erarbeitet und eine eigene Internetseite erstellt werden.

Thomas Wesenberg

- Interessenten melden sich hier an: SJD – Die Falken, KV Lichtenberg Postfach 600131, 10251 Berlin Mail: stolperstein@falken-berlin.de Telefon: 513 45 23, Fax: 51 65 64 78

Gipfelfrust

In unserem Bezirk gibt es nicht wenige Familien mit „Migrationshintergrund“, auch aus der Türkei. Das verschärfte Einwanderungsgesetz fordert Grundkenntnisse der deutschen Sprache, z. B. vom vorerst noch in der Heimat verbliebenen Ehepartner. Doch wie soll z. B. eine junge Türkin in der anatolischen Provinz Deutsch lernen? Eine Sprache kann man sich bekanntlich am besten dort aneignen, wo sie von der Mehrheit der Bevölkerung gesprochen und geschrieben wird.

Niemand fragt z. B. übersiedlungswillige US-Amerikaner, ob sie Deutsch können. Betroffen sind in erster Linie Türken. Diese forderten eine Korrektur. Ihnen wurde kalt-schnäuzig erklärt, das Gesetz „sei durch den Bundesrat“ und könne nicht mehr geändert werden. Die dergestalt Düpierten boykottierten daraufhin den „Zweiten Integrationsgipfel“ mit der Bundeskanzlerin am 12. Juli. Ob dieser Schritt optimal war, sei dahingestellt. Gerechtfertigt ist das Anliegen auf jeden Fall. Kein Geringerer als der türkische Staatspräsident Sezer wandte sich direkt an Bundespräsident Köhler. Ohne dessen Unterschrift kann bekanntlich kein Gesetz in Kraft treten. Noch steht sie aus.

Ronald Lötzsich

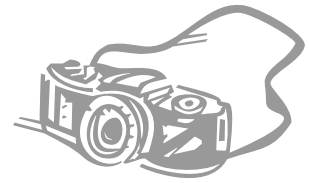
Deutsche aus Russland

Angelockt vom Untertitel „Die Geschichte der Deutschen aus Russland“ zur Ausstellung „Gebrochenes Schweigen“ fand ich mich am 1. Juli im Heimatmuseum zur Ausstellungseröffnung ein. In dem Wissen, dass diese Geschichte lang, wechselvoll und facettenreich ist, war ich neugierig geworden.

Engeladen hatte „Lyra e.V.“, beheimatet im Kulturhaus Karlshorst. Dieser Verein fördert die Integration deutscher Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Ausstellung ist ein neues Kapitel der Vereinstätigkeit. Informiert wird vor allem über das Schicksal der Wolgadeutschen – vornehmlich im 20. Jahrhundert, insbesondere aus der Zeit ihrer Vertreibung ab 1941. Es werden bildliche und schriftliche Exponate zur Lebensweise (Wohnhäuser, Trachten) gezeigt. Die Ausstellungseröffnung war liebevoll gestaltet. Neben mündlichen Ausführungen gab es musikalische Darbietungen. Das Büffett bot Russisches und Hiesiges.

Um auf den Anfang zurückzukommen: Die Geschichte der Deutschen aus Russland habe ich in dieser Ausstellung nicht gesehen, sondern nur einen, wenn auch nicht unwichtigen Teil davon.

Ingrid Hörkner



Magenschmerzen

Sie mögen uns nicht, mehr noch: Sie sind stinkesauer, hilflos, wütend. Sie – das sind all die Niebels und Pofallas, die jetzt ihren Frust über die neue LINKE in die Mikrofone kotzen. Was da seit dem Vereinigungsparteitag so gedruckt und gesendet wird – das ist Laternenpfahl ganz unten:

„Nach außen gibt sich die Linke einen neuen Anstrich. Tatsächlich aber steht sie nach wie vor für programmatischen Plattenbau.“ (Pofalla) „Die Linkspartei steht in der Tradition von Ulbricht, Mauer und Stacheldraht.“ (CSU-Fraktionschef Hermann). „Erinnern wir uns sehr genau daran, dass saarländische Sozialisten in der Vergangenheit diesem Land nie gut getan haben.“ (Niebel) „Mit Kommunisten kann man keine Politik machen.“ (Althaus) „Wehret den Anfängen – das darf nicht nur gegenüber Rechtsaußen gelten.“ (Westerwelle) „Gegen dieses gesellschaftliche Düsternis werden wir mit der Fackel der Freiheit stehen.“ (Niebel)

Aber auch einige Journalisten haben beim Schreiben über den Vereinigungsparteitag offenbar einen leichten Brechreiz verspürt: Der Gründungsparteitag „geriet zur politischen Folkloreveranstaltung ... Die Reden waren vorhersehbar und blieben belanglos ...“ (FAZ) „Lässig schlendert er (gemeint ist Lafontaine – J.R.) vorbei an dem spitzen Pfeil, der den Weg nach links außen weist ...“ (Frankfurter Rundschau). „Die wenigen Männer der WASG, die überhaupt öffentlich zu hören sind, zeigen ein empörendes Desinteresse an der Auseinandersetzung mit der Ideologie und der verbrecherischen Politik, die im Namen von Marx und Lenin getrieben wurde.“ (FAZ) „Wenn Gysi und Bisky eine Gruppe Ostdeutscher in die Einheit führten, so führte ... Lafontaine eine Gruppe enttäuschter Sozialdemokraten und Gewerkschafter in die Spaltung.“ (FAZ) „Ein paar alte Textbausteine mit der Forderung zum Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan ... Die Masche des geübten Zuspitzers funktioniert noch immer – und alle im Saal jubeln planmäßig.“ (Tagesspiegel)

Allseits beliebt in den Redaktionsstuben ist nach wie vor die „SED-Nachfolgerin“, in der Süddeutschen wird die LINKE jetzt – logisch – zur „SED-Nach-Nachfolgerin“.

Und auf Lafontaine haben sich die Journalisten richtig eingeschossen. Bei der Frankfurter Rundschau ist er der „linke Lautsprecher“, in der Süddeutschen der „fürchterlichste Demagoge, den die politische Republik im Moment zu bieten hat“: „Er wird sie aufpeitschen, er wird sich aufpeitschen wie der Gnom

am Feuer aus dem Märchen, er wird mit Zahlen um sich werfen, die er sich so zurechtgebogen hat, dass sie für Fachleute nicht falsch sind, aber vom Laien falsch verstanden werden ... Am Ende wird er ein machtwohlendes Glitzern in den Augen haben, den Kopf recken, und die Nase steht spitz hervor. ... Skrupellosigkeit war schon immer Lafontaines vornehmste Eigenschaft, eine totalitäre Ader hat er auch, weshalb er auch als Wessi ganz in den Oststrom passt ...“

Auch Bisky bekommt sein Fett weg: Er „liest Reden vom Blatt ab, als widerstrebe ihm jedes einzelne Wort des Manuskripts ... Man-

che seiner Sätze sind so schrumpelig, dass sie auch dem besten Schauspieler schwer von der Zunge kämen.“ (FAZ)

DIE LINKE ist da! Und wenn unseren politischen Gegner deshalb solche Magenschmerzen plagen, dann haben wir nicht alles falsch gemacht. Wir sollten uns einen Moment zurückschlagen, tief durchatmen und den Augenblick genießen – und den Visionen von Herrn Steinmeier lauschen: „Mit der Außenpolitik der Linkspartei wären unsere Hauptverbündeten bald nicht mehr Frankreich und die USA, sondern Venezuela und Bolivien.“ Ja, Herr Minister, diese Vorstellung hat was. J. R.



Foto: Jörg Rückmann

Eine sachliche Berichterstattung über DIE LINKE – für manche ein schwieriges Feld.

Vermieter-Mietspiegel

Die Delegierten der Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der Partei DIE LINKE entnahmen der Presse, dass die drei größten Berliner Mieterorganisationen den Arbeitskreis für den Mietspiegel 2007 verlassen haben.

Der Sachverhalt: Der Anteil der Faktoren „Ortsüblich“ an den Gesamtausgangsdaten für mögliche Mieterhöhungen von 80 Prozent ist genutzt worden, um die Oberwerte noch mehr in die Höhe zu treiben und die Mieter zusätzlich abzukassieren. Die Rechtfertigungsargumente der Senatsverwaltung stehen der Koalitionsvereinbarung entgegen. Dort heißt es im Abschnitt „Sozialverträgliche Mietentwicklung“: „Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels ... zur Dämpfung der

Mietentwicklung wird weitergeführt ... und im Konsens zwischen Vermieter- und Mieterseite weiter entwickelt.“

Angesichts der politischen Tragweite der Mietentwicklung für Berlin als ausgewiesene Mieterstadt fordern wir ..., alle politischen und verwaltungsrechtlichen Hebel in Bewegung zu setzen, um diese eklatante Missachtung der Mieterinteressen unverzüglich rückgängig zu machen.

Mit der fehlenden Zustimmung der Interessenvertretungen der Mieter hat der Mietspiegel nicht die in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Eigenschaft, „qualifiziert“ zu sein. Wir verlangen, alles für die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung zu tun.

(Beschluss der 1. Tagung der 1. Hauptversammlung der LINKEN. Lichtenberg vom 7. Juli 2007)



Gute Arbeit

Eine Zwischenbilanz ihrer neun Monate Tätigkeit zog die BVV-Fraktion DIE LINKE vor der Sommerpause. „Gute Kommunalpolitik muss kleinteilig und direkt sein“, erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Christian Petermann. Sie mache sich nicht allein an den mehr als 40 Anträgen fest, mit denen die Fraktion das kommunalpolitische Geschehen im Bezirk mit geprägt hat. Eine der Stärken der Fraktion sei die Nähe zu Initiativen, Vereinen und Verbänden und zu jenen, die nicht den Mut haben, sich zu organisieren.

Eingesetzt hat sich die Fraktion für die Wiederherrichtung der Freizeit- und Sportanlage in der Egon-Erwin-Kisch-Straße und des Sommerbades Wuhlheide. DIE LINKE machte sich stark für die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit in den Stadtteilzentren. In Lichtenberg wird eine ständige Gesundheitskonferenz eingerichtet. An der Einrichtung von 7. Klassen an der Herder Oberschule wird festgehalten. Wir forcieren den Ausbau von Tempo-30-Zonen. Bereits Kinder unter sieben Jahren sollen die Bibliotheksangebote kostenlos nutzen können. Die Liste unserer Initiativen könnte fortgeführt werden, ich denke z. B. an den Bürgerhaushalt ...

Die von den demokratischen Parteien in der BVV gemeinsam getragene Ablehnung der Nazis ist kaum zu unterschätzen. Daran hat unser langjähriges Wirken nicht wenig Anteil. Davon zeugen u. a. der Lichtenberger Preis für Zivilcourage, der in diesem Jahr zum ersten



Foto: Jörg Rückmann

Christian Petermann, Vorsitzender der BVV-Fraktion DIE LINKE

Mal vergeben wird, und die erneuerte Würdigung des antifaschistischen Widerstandskämpfers Erwin Nöldner.

Einem Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion folgend sprach sich die Bezirksverordnetenversammlung gegen höhere BVG-Preise aus. Und schließlich: Das entschiedene Nein zur Kohle, zu dem sich auch der Landesparteitag in der Debatte um die Erneuerung des Kraftwerks Klingenberg bekannte, wurde in Lichtenberg geboren. *Joachim Pampel*

Karge Haushaltszuweisungen

Von Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin

Gegenwärtig sind wir, die Mitglieder des Bezirksamtes, dabei, den Entwurf des Haushaltsplanes für die Jahre 2008/2009 zu erarbeiten. Die interessierte Leserschaft weiß, der absolut größte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel besteht aus der Zuweisung des Senats. Wir haben für 2008 ein Haushaltvolumen von 452,813 Millionen Euro, davon werden 362,421 Millionen vom Senat bereitgestellt und 90,392 Millionen durch eigene Einnahmen erwirtschaftet. Damit ist klar, dass eine einigermaßen gerechte Zuteilung der Mittel im Blickpunkt der Bezirke steht.

Für das nächste und die Folgejahre werden wesentlich höhere Steuereinnahmen erwartet. Sie sollen zur Senkung des Primärdefizits und damit des Abbaus der jährlichen Zinsen verwendet werden. Dies stelle ich nicht infrage, meine aber, dass es auch etwas langsamer angegangen werden kann – zumal ja die Sanierung eines Haushaltes kein Wert an sich ist.

Umso überraschter waren die Bezirkspolitiker, als die Zahlen in den Bezirken ankamen. Voranstellen muss ich, dass die Aufteilung auf die Bezirke nach einem ziemlich komplizierten Verfahren erfolgt, in dem von der Einwohnerzahl, über soziale Faktoren vieles eine Rolle spielt. Die Kosten-Leistungs-Rechnung ist dann noch das Tüpfelchen auf dem I. Eigentlich ist das ganze Zuweisungssystem nur noch von „gewieften“ Finanzexperten zu durchschauen.

Für einen Bezirk wie Lichtenberg, der sich müht, bürgernahe Transparenz zu Haushaltsfragen herzustellen und damit auch Erfolg hat – Stichwort Bürgerhaushalt –, ist das schon ein ziemliches Problem.

Einig waren sich die Bezirke, dass mit dem Zugewiesenen ihre Aufgaben nicht zu lösen sind. Mit Unterstützung unserer Senatsmitglieder, Staatssekretäre und Mitglieder des Abgeordnetenhauses wurde vom Finanzsenator gefordert, vor allem die augenscheinlichen Ungerechtigkeiten in der Zuweisung zu beseitigen. Damit hatten wir Erfolg. Insgesamt erhalten die Bezirke für das kommende Jahr 73,567 Millionen Euro mehr.

Ich habe eine Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien gefordert, die sich prinzipiell mit der Zuweisung für die Bezirke befassen soll. Sie wird spätestens im Januar die Arbeit aufnehmen, und ich will dabei sein.

Mitmachen: Bürgerhaushalt 2009

In allen 13 Lichtenberger Stadtteilen beginnen im September Bürger-Versammlungen zur Erarbeitung des Bürgerhaushaltes 2009. Das Bezirksamt und alle, denen der Bürgerhaushalt am Herzen liegt, hoffen auf viele Mitmacher. Die Konferenzen beginnen jeweils um 18 Uhr.

- Stadtteil: **Fennpfuhl**, 3. September '07, Konferenzort: MedioCenter, Storkower Straße 207
- **Karlshorst**: 5. September, BIP-Kreativitätsschule, Ehrlichstraße 63
- **Dörfer**: 6. September, Fritz-Reuter-OS, Prendener Straße 29
- **Frankfurter Allee Süd**: 10. September, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Friedrichsfelde-Süd**: 12. September, KULTschule, Sewanstraße 43

- **Rummelsburger Bucht**: 13. September, „Waschhaus“, Hauptstraße 8
- **Neu-Hohenschönhausen-Nord**: 17. September Fritz-Reuter-OS, Prendener Straße 29
- **Friedrichsfelde-Nord**: 19. September, Adam-Ries-GS, Alt-Friedrichsfelde 66
- **Alt-Hohenschönhausen-Süd**: 24. September, CSW Berlin e. V., Café „life“, Landsberger Allee 225
- **Alt-Hohenschönhausen-Nord**: 27. September, FSB e. V., Konrad-Wolf-Straße 12
- **Neu-Hohenschönhausen-Süd**: 1. Oktober, Fritz-Reuter-OS, Prendener Straße 29
- **Neu-Lichtenberg**: 4. Oktober, Ev.-Freikirchliche Gemeinde, Heinrichstraße 31
- **Alt-Lichtenberg**: 8. Oktober, in Klärung

Neuer Vorstand

Der Bezirksvorstand Lichtenberg der LINKEN Berlin hat am 7. Juli seinen Vorstand gewählt (→Foto unten). Dem je zur Hälfte Frauen und Männer angehörenden 16-köpfigen Gremium, steht wieder Dr. Gesine Löttsch (MdB) vor. Ihre Stellvertreter wurden Evrim Baba (MdB) und erneut Michael Stadler. „Unsere Politik nicht nur nachvollziehbar machen, sondern unermüdlich mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort darüber sprechen, um sie an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, bleibt unser Credo“, sagte Gesine Löttsch in ihrer Rede auf der Hauptversammlung. Acht der sechzehn Mitglieder wurden erstmals in den Vorstand gewählt.

Drei Tage nach seiner Wahl traf sich der neue Vorstand zu seiner konstituierenden Sitzung. Neben den Sitzungsterminen und einer vorläufigen Geschäftsordnung wurden Aufgaben für die nächsten Monate beschlossen. Schwerpunkte sind u. a. die Mitgliedergewinnung und -pflege, die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden, die politische Bildung und die Programmdebatte, die Fortsetzung des Projektes Bürgerkommune, Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf, die Struktur des Bezirksverbandes sowie eine Personalentwicklungsstrategie.

Nach den Sommerferien sollen die Aufgaben und Verantwortlichkeiten präzisiert werden. *Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der Lichtenberger LINKEN*

Die Kraft der Basis

In der letzten „info links“ ruft Genosse Zotl die Basisgruppen auf, sich wieder mehr in den Kiezen zu engagieren. Aber ist das nicht Wunschdenken, gegründet auf eine unrealistische Vorstellung von der Kraft der Basis? Realität ist: Die meisten Basisgruppen sind stark geschrumpft, die Genossen sind alt geworden und haben nicht mehr die alte Kraft. Das ändert sich auch nicht, wenn mehrere Gruppen sich zusammenschließen.

Und es stimmt auch nicht, dass wir uns im Wesentlichen „mit uns selbst“ beschäftigen. Die Rüstigen engagieren sich in vielfältiger Weise: in Vereinen, der Seniorenvertretung, in Ausschüssen der BVV usw. Unsere Genossen werden dort – gerade als Mitglieder der Linken – aufgrund ihrer Leistungen geachtet. Ich kenne altersschwache, kranke Genossen und jüngere, die einen harten Überlebenskampf führen müssen – aber nicht einen, der untätig zuhause sitzt. Ich glaube, durch unser ehrenamtliches Engagement kann man mehr linke Politik vermitteln als durch Referate.

Diesen Genossen sollte man nicht noch mehr aufbürden. Große Hoffnungen setze ich in die Jugend, die sich auf ihre Weise einbringt, und zwar anders als wir „Alten“.

Und ich denke auch, dass sich jetzt neue Perspektiven für unsere Partei ergeben. Gewiss sind auch neue Strukturen notwendig. Aber aus der konkreten Arbeit wachsende. Es gibt sie ja schon! *Inge Junginger*

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 11.8., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich;
Treffpunkt: Wartenberger Straße 24
 - **Sonnabend, 18.8., 10 Uhr**
Klausur der Fraktion DIE LINKE in der BVV zum Haushalt 2008/2009; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
 - **Freitag, 24.8., 10–13 Uhr**
Infostand: Unterschriftensammlung für den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan; Wochenmarkt Karlshorst, Treskowallee
 - **Sonnabend, 25.8., 10–13 Uhr**
Infostände: Unterschriftensammlungen für den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan; Ring-Center II, Möllendorffstraße/Frankfurter Allee; Linden-Center, Prerower Platz
 - **Dienstag, 28.8., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
 - **Donnerstag, 30.8., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
 - **Donnerstag, 6.9., 19 Uhr**
„Die neue LINKE in Deutschland und Europa“, Forum mit Sahra Wagenknecht, Mitglied des Europa-Parlamentes; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee
 - **Dienstag, 11.9., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalkestraße 14



Bilanz und Aufgaben

Die Bilanz nach einem Jahr der rot-roten Zweitaufgabe ist nicht schlecht. Vor allem haben wir die Landesbank Berlin erfolgreich verkauft und den Erhalt der Berliner Sparkasse gesichert. Mehr noch: Weil Rot-Rot den Verkauf – auch gegen Widerstände und Besserwissereien aus den eigenen Reihen – als diskriminierungsfreies Verfahren im Sinne der EU betrieben hat, beendet nun die EU vereinbarungsgemäß auch ihre Attacken gegen das gesamte Sparkassensystem! Der öffentlich-rechtliche Teil im deutschen Bankensystem ist also nicht nur in Berlin, sondern durch rot-rotes Regierungshandeln in Berlin bundesweit gerettet.

Mit den Stimmen von SPD und Linkspartei hat das Abgeordnetenhaus klare politische Forderungen – Firmensitz Berlin, Erhalt der Arbeitsplätze, Konto für jede und jeden – für den Verkauf erhoben. Sie sind inzwischen alle entweder im Kaufvertrag oder zusätzlich vereinbart worden. Alle anderslautenden Vorwürfe sind falsch.

Der Verkaufserlös von 4,6 Milliarden Euro wird nicht – wie zuweilen gefordert – im laufenden Haushalt verbraten. Nein, er wird aufgespart, um eventuelle Risiken aus dem Immobiliengeschäft zu tragen und die Steuerzahler nicht zu belasten. Zu dieser Risikoabschirmung hatte sich Berlin 2002 verpflichtet, um die weitere Existenz der Bankgesellschaft, v. a. der Sparkasse, zu garantieren. Ein Konkurs der Bankgesellschaft – wie es die Opposition damals forderte – hätte das Land in drei Jahren etwa 30 Milliarden Euro gekostet! Der Verkaufserlös für die stille Einlage Berlins (700 Mio. Euro) jedoch kommt in den Haus-



Foto: Jörg Rückmann

halt. Damit werden zentrale Projekte aus Wissenschaft, Kultur, Bildung, Soziales, Integration, Arbeitsmarkt, Kampf gegen Rechtsextremismus usw. extra gefördert.

Erstmals seit Jahrzehnten ist es in Berlin gelungen, einen Haushalt ohne neue Schuldenaufnahme aufzustellen. 2009 werden wir sogar beginnen, Schulden zurückzuzahlen. Das ist ein großer Erfolg für Rot-Rot, denn je weniger für Schulden und Zinsen aufzuwenden ist, desto größer werden die gestaltungspolitischen Spielräume.

Jedoch hat der Entwurf des Doppelhaushaltes eine schwache Seite – die Finanzierung der Bezirke. Freilich kosten in einzelnen Bezirken die gleichen Verwaltungsleistungen bis zu 40 Prozent mehr als in anderen. Das lässt grundsätzlich auf vorhandene interne Einsparpotenziale – z. B. durch bessere Arbeitsorganisation und effektiveren Personaleinsatz – schließen. Dennoch steht die Frage, ob bei einem solchen Vergleich die bezirklichen Spezifika sowie die unterschiedlichen Qualitäten bei Leistungen der Jugend-, Sozial-, Bürger- und Ordnungsämter ausreichend berücksichtigt wurden.

Als erster Schritt wurde auf Druck der Linksfraktion noch vor der Verabschiedung des Haushaltsentwurfes im Senat die ursprünglich vorgesehene Personaleinsparung um die Hälfte reduziert, wie es die Bezirke zuvor gefordert haben. Doch in den Beratungen

Das Kreuz, das uns Berlinern mit dem Bankenskandal auferlegt wurde, wurde schon vor einer Weile abgenommen.

des Haushaltsentwurfes geht es uns um mehr: Wir wollen bestimmte Zuwendungssummen bedarfsgerecht erhöhen. Aber erst, nachdem klar nachgewiesen ist, dass der reale Bedarf mit der jetzt geplanten Summe nicht zu decken ist und dass die Bürokratiekosten tatsächlich angemessen gesenkt wurden. Vereinbarung wurde auch, dass 2008 grundsätzlich über das Prinzip, nach dem die Zuwendungen erfolgen, neu beraten und entschieden werden muss.

Vereinbart hat die Linksfraktion – ausgehend von den Debatten um den Mietspiegel – auch, dass wir trotz fehlender politischer Einspruchsmöglichkeiten die Spannweiten bei der Auslastung der Miethöhen noch einmal thematisieren werden. 80 Prozent sind zu hoch. Denn nur bei dieser Frage hatten die Mieterverbände – sie forderten zwei Drittel – die Zusammenarbeit aufgekündigt. Alle anderen Festlegungen – darunter auch die mietermindernde Rolle von fensterlosen Bädern – sind einvernehmlich getroffen worden. Der Berliner Mietspiegel – auch da sind sich alle einig – muss bleiben, schon weil er uns davor schützt, die Berliner Mieten an Hamburg oder München zu messen und entsprechend zu erhöhen.

Peter-Rudolf Zolt

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

Alle Abgeordneten bieten in der Sommerpause Termine nach Vereinbarung an. Gern kommen wir auch in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!** Wir sind direkt erreichbar:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870,
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55,
- **Prof. Dr. Steffi Schulze:**
☎ 0163-717 89 90
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63
- **Mari Weiß:** ☎ 2325 2563
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zolt:**
☎ 0151-1560 2356

Halbzeit-Pfiff

von Gesine Löttsch, MdB

Schwarz-rote Bilanz

Mitte Juli zog Bundeskanzlerin Merkel Bilanz zur Halbzeit, eine positive natürlich. Die Konzernspitzen werden es ihr danken, dies aber nicht laut sagen. Denn jede Senkung der Steuern für Unternehmen wurde von ihnen nur mit dem Stereotyp, dass dies nur der Anfang sein könne, beantwortet.

Die Frage von Erfolg und Misserfolg hängt immer vom Blickwinkel ab. Wir sehen, was für Rentner, Familien, Arbeitnehmer und Arbeitslose herausgekommen ist. Die Rente erst ab 67 ist ein Skandal! Denn es geht dabei nicht um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern um eine Senkung der Rente. Die OECD sieht für Deutschland bereits die Gefahr der Altersarmut aufziehen. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer ist vielen Menschen empfindlich in die Tasche gegriffen worden. Hinzu kommt die Erhöhung der Strompreise. Seitdem die staatliche Preiskontrolle abgeschafft wurde, nutzen die Stromversorger ihr Monopol noch unverschämter aus als vorher. Darum fordern wir als LINKE nicht nur die staatliche Preiskontrolle, sondern auch die Vergesellschaftung der Netze. Dass diese Forderung nicht mit der Durchführung einer Revolution zu verwechseln ist, zeigt ein Blick nach Dänemark. Dort sind im Jahr 2005 die Netze verstaatlicht worden, um die Preistreiberie der Konzerne zu begrenzen.

Ostdeutschland bleibt benachteiligt

Erst dieser Tage titelte eine Zeitung wieder „Ossis bald reicher als Wessis“. Einmal davon abgesehen, dass Löhne und Gehälter im Osten immer noch wesentlich niedriger sind als im Westen, ist auch die Angleichung der Renten noch lange nicht erfolgt. Diese Ungleichheit motiviert aber die aus dem Osten stammende Kanzlerin nicht zu besonderer Anstrengung, sondern zu besonderer Ignoranz. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die wenigen Stellen, die im Kanzleramt und in den Ministerien für den Aufbau Ost vorgesehen sind, teilweise unbesetzt sind? Wie sonst wäre es zu erklären, dass Ostdeutschland unterdurchschnittlich an gesamtdeutschen Förderprogrammen beteiligt ist?

Drei Beispiele dazu: Vom Programm Nationale Raumfahrt – Gesamtsumme 160 Millionen Euro – gehen nur sieben Prozent nach Ostdeutschland (inkl. Berlin), bei der Energieforschung sind es 10 Prozent von 66 Mil-

lionen Euro und bei der Förderung der internationalen Kooperation in Forschung und Lehre gar nur vier Prozent von 75 Millionen Euro (davon die Hälfte nach Berlin).

Illegale Parteienfinanzierung

Die Bundesregierung hat eine Stange Geld für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wollte ich einmal herausfinden, in welchen Mitgliederzeitungen welcher Parteien Anzeigen der Bundesregierung in den Jahren 2004, 2005 und 2006 geschaltet wurden und wie die Planungen für 2007 sind. Das Ergebnis überraschte mich nicht. Insgesamt wurde eine Summe von 570 121 Euro locker gemacht. Mit Abstand größter Profiteur ist die SPD-Zeitung „Vorwärts“. Das LINKE-Mitgliedermagazin Disput bekam nur 8 000 Euro. Nun geht es mir aber nicht um eine gerechtere Aufteilung auf die einzelnen Parteien. Ich bin der Meinung, hier handelt es sich um illegale Parteienfinanzierung. Damit sollte Schluss sein.

Fußballnachwuchs

Wer kennt nicht die ehrgeizigen Eislaufmuttis oder Fußballvatis, die ihr Kind zu jedem Training begleiten und schon von dessen Zukunft als Profi träumen. Andere Eltern dagegen haben keine Möglichkeit, ihr Kind zu begleiten. Holger Zimmermann, Präsident des FC Berlin, hatte eine tolle Idee. Er holt mit einem Bus

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787.
- **Sprechstunde:** Im August biete ich – wegen der Ferien- und Urlaubszeit – Termine nach Vereinbarung an. Sehr gern komme ich auch während dieser Zeit in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet mich ein!**

Kinder vom Kindergarten ab und bringt sie auch wieder nach dem Fußballspielen zurück.

Da ebenso fußballbegeisterte und talentierte Kinder, deren Eltern aber das Geld nicht aufbringen können, nicht in der Kita zurückgelassen werden sollen, habe ich für ein Jahr die Patenschaft für einen Platz übernommen und bereits weitere Sponsoren gewonnen. Vielleicht schießt ja ein Lichtenberger Fußballer das entscheidende Tor bei der nächsten Fußballweltmeisterschaft in Südafrika.

Ob Jungen oder Mädchen, ob klein oder schon groß – Gesine Löttsch unterstützt die Fußballbegeisterten, wo sie nur kann. Das ist leider nötig, denn Bund und Land sparen, wo sie nur können.





Buch-Tipp



Zerschossenen Jugend

Ein Buch – erschreckend und schwer lesbar. Nicht, weil der Autor nicht schreiben könnte. Aber er ist Dokumentarist und schöpft nicht allein aus eigener Erinnerung, sondern flicht in seine Aussagen zahlreiche Dokumente ein.

Erschreckend, weil ohne Tabu über eine Jugend im Hitlerfaschismus und am Ende des 2. Weltkriegs geschrieben. Worum viele bis heute einen Bogen machen – er spricht es schonungslos aus: Wie die Jungen bedingungslos der Nazipropaganda folgten und zu allen Verbrechen bereit waren, wenn sie nur „Führer und Vaterland“ dienten. Wie

ihre verehrten Vorbilder sie verrieteten und mit dem D-Zug 1. Klasse in die Gefangenschaft fuhren. Die gewaltige Masse des letzten Aufgebots dagegen – Jungsoldaten wie er, Kinder und Greise des Volkssturms – wurde in die riesigen Gefangenenlager der Westalliierten getrieben. Zu Millionen vergetierten sie dort unter primitivsten Bedingungen. Ihre Zahl – auch die der Toten – ist nicht ermittelbar. Im wahrsten Sinne des Wortes ein schwerer Lernprozess.

Und es gibt Porträts von Menschen, die seinen Lebensweg kreuzten und ihn beeinflussten: Stellvertretend für viele seien der prominente Fernseh-Krimiautor Herbert Reinecker, der Münchner Verleger Helmut Kindler und der Schriftsteller, Kommunist und KZ-Häftling Werner Steinberg genannt. Kurzum: ein lesenswertes Buch.

Inge Junginger

- Walter Heynowski: „**Der Film meines Lebens. Zerschossene Jugend**“, Das Neue Berlin 2007, 335 Seiten mit zahlreichen Illustrationen, 19,90 €, ISBN 978-3-360-01295-1

70 Mio. Downloads

Die Ereignisse in New York am 11. September 2001 hat die US-Regierung genutzt, ihren „Krieg gegen den Terror“ zu eröffnen. Bombenexplosionen in Madrid und London sowie die fast schon regelmäßige Meldung von einem verhinderten Anschlag müssen als Gründe herhalten für innere Repressionen, für den massiven Abbau von Datenschutz und demokratischen Rechten, für Rüstungsausgaben in unvorstellbaren Höhen.

Drei junge Filmemacher aus den USA untersuchen diesen Zusammenhang und ziehen eine Linie vom Reichstagsbrand über die Tongking-Affäre bis zu den nie gefundenen Massenvernichtungswaffen im Irak. Entstanden sind zwei Dokumentarfilme: „Loose Change“ und „Terrorstorm“ (jeweils 90 min).

Die Filmemacher fordern ausdrücklich dazu auf, ihre Arbeit als Anregung zu verstehen und sich weiter zu informieren.

Das Thema ist heiß, das Interesse riesig. „Loose Change“ wurde bereits über 70 Millionen mal aus dem Internet heruntergeladen, in Berlin sind über 30000 DVDs verteilt worden. Am 3. November 2006 wurde die Vorführung von „Loose Change“ in der Humboldt-uni von der Universitätsleitung verboten.

Die deutsche Fassung der DVD enthält beide Dokumentarfilme und einiges an Bonusmaterial. Über 100 Läden, Galerien, kleine Kinos, die „junge Welt“, das Pressecafé der „Taz“, die Stiftung ethecon und einige linke Projekte verteilen die DVD – kostenlos. Prädikat: absolut sehenswert! *Jörg Rückmann*

- **Infos und Bestellung:** www.ethecon.org, www.j5a.net, www.freelooseschange.com

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 6/07: 24.7.2007

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 7/07:

Mittwoch, 15.8. und 29.8., jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 27.8.2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 6.9.2007

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Montag, 6.8., 14.30 Uhr**
Musikalisches Quiz mit Herrn Drescher; Seniorenbegegnungsstätte „Warnitzer Straße 8“, S-Bahnhof Hohenschönhausen; Straßenbahn M4
- **Sonnabend, 11.8., 8.50 Uhr**
Tagesausflug in den Fläming: Jüterbog, Kloster Zinna (Anmeldung bis 6. August, 14 Uhr, im Frauenzentrum Am Mühlengrund, Wartenberger Straße 102, Straßenbahn M5, M17 – Ersatzverkehr)
- **Montag, 13.8., 17 Uhr**
Frauen erkunden die Welt – von Peking nach Hongkong, mit Frau Dr. Schmiedberg auf großer Reise nach China; Frauenzentrum am Mühlengrund
- **Donnerstag, 16.8., 14.15 Uhr**
Kabarett Die Kneifzange: „Na, aba Hallo! – Berliner und ihre Musike“; Begegnungsstätte Judith-Auer-Straße 8, Straßenbahn M5, M6, 16 und M13
- **Mittwoch, 15.8., 14.30 Uhr**
„Das Fenster gegenüber“, Astrid Reimann liest eigene Geschichten zum Schmunzeln, mit musikalischer Begleitung; „Rusche 43“, U-Bhf. Magdalenenstraße
- **Donnerstag, 16.8., 14 Uhr**
„Schlagerparodien und gute Laune“, mit Steffi Simon & Bert Beel; Seniorenbegegnungsstätte Einbecker Straße 85, U-Bhf. Friedrichsfelde
- **Dienstag, 21.8., ganztägig**
Radtour nach Seefeld (ca. 40 km); Treffpunkte: Warnitzer Straße 8 (9.30 Uhr) und S-Bahnhof Ahrensfelde (10 Uhr), Anmeldung bis 17. August, Seniorenbegegnungsstätte Warnitzer Straße 8
- **Ausstellungen**
 - Strawalde: „Lichtzeichen – Schattenzonen“, Computerblätter – Graphik – Übermalungen, Einführung Matthias Flügge Dienstag, 21.8., 19 Uhr (Eröffnung); Galerie Carlshorst, S-Bahnhof Carlshorst, Mo.–Fr.: 10–18 Uhr, Sa.: 11–16 Uhr
 - Marguerite Blume-Cardenas: „Bruchkannten“, Skulptur und Zeichnung; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Straßenbahn M5, noch bis Mittwoch, 14.8.
 - „New-Orleans – Bilder einer Stadt“, Photographie; Kreiskulturhaus Carlshorst, noch bis Mittwoch, 15.8.
 - Bis Ende September, Mo.–Fr.: 9–19 Uhr, Sa.–So.: 11 bis 19 Uhr, hat das Sonnenlabyrinth an der Fischerstraße geöffnet; Nähe S-Bhf. Betriebsbahnhof Rummelsburg (barrierefreier Zugang).